

Mehr Investitionen, mehr Reformen

Im Vorfeld der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz beziehen die außeruniversitären Forschungsgesellschaften und der Deutsche Hochschulverband Stellung.

Über die Nachfolge zum Hochschulpakt und zum Qualitätspakt Lehre sowie eine Fortsetzungsvereinbarung des Pakts für Forschung und Innovation soll die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) Anfang Mai entscheiden. Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft sowie Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft haben im Vorfeld gefordert, die Investitionen wie im Koalitionsvertrag vereinbart zu steigern. Der Deutsche Hochschulverband mahnt zudem die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems an.

Ziel der Regierungskoalition ist es, bis 2025 die Investitionen in Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Diese Entwicklung ist ganz im Sinne aller Akteure in Wissenschaft und Innovation. Allerdings sehen die Präsidenten der vier großen außeruniversitären Forschungsorganisationen dieses Ziel durch die geplanten Einschnitte im Haushalt des BMBF gefährdet. Allein im kommenden Jahr sollen 600 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen. Um den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zu gefährden, fordern die Präsidenten von der Regierung mutige Schritte, um den eingeschlagenen Weg mit den entsprechenden finanziellen Mitteln zu beschreiten.

Zu mehr Mut ruft auch der Deutsche Hochschulverband (DHV) auf, wenn es um Reformen im Wissenschaftssystem geht. Beispielsweise sollten politische Vorgaben wieder mehr auf eine Balance von angewandter und Grundlagenforschung abzielen. Neben Nützlichkeit gelte es, auch kreative Denk- und Arbeitsprozesse abseits des Mainstreams zu fördern. Dafür fordert DHV-Präsident Bernhard Kempen eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen durch Bund und Länder.

Kerstin Sonnabend

DFG: Neue Schwerpunktprogramme

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft richtet 14 neue Schwerpunktprogramme (SPP) ein, die für zunächst drei Jahre insgesamt rund 85 Millionen Euro erhalten. In den SPP sollen wissenschaftliche Grundlagen besonders aktueller oder sich gerade bildender Forschungsgebiete untersucht werden. Alle Programme sind stark interdisziplinär ausgerichtet. Physikbezug haben folgende SPP:

- 2-D-Materialien – die Physik von van der Waals [Hetero-]Strukturen (2DMP, Koordinator: Thomas Heine, TU Dresden)
- Polymer-basierte Batterien (Ulrich Schubert, U Jena)
- Variationelle Methoden zur Vorhersage komplexer Phänomene in Strukturen und Materialien der Ingenieurwissenschaften (Georg Dolzmann, U Regensburg)
- Effizientes Kühlen, Schmier- und Transportieren – Gekoppelte mechanische und fluid-dynamische Simulationsmethoden zur Realisierung effizienter Produktionsprozesse (FLUSIMPRO, Dirk Biermann, TU Dortmund)
- Memristive Bauelemente für intelligente technische Systeme (Ronald Tetzlaff, TU Dresden)
- Nano Security: Von Nanoelektronik zu sicheren Systemen (Ilia Polian, U Stuttgart)

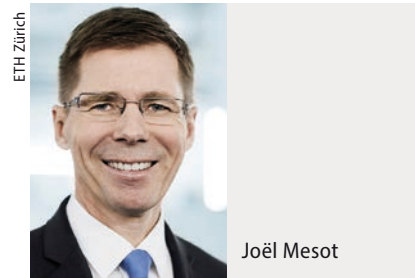
Führungsstil als Auswahlkriterium

Die ETH Zürich überdenkt nach Vorfällen am Institut für Astronomie ihre Einstellungskriterien – und entlässt die beschuldigte Professorin.

Im August 2017 schloss die ETH Zürich ihr Institut für Astronomie, nachdem sich mehrere Doktoranden und Post-Docs über den Führungsstil der leitenden Professorin beschwert hatten.¹⁾ Eine Untersuchung der Vorfälle ergab, dass dies rechtlich bedenklich sei, weil ihr durch die Beurlaubung in Form eines Forschungsjahres keine Chance gegeben wurde, ihr Verhalten zu verbessern. Der Empfehlung,

das Verhalten der Professorin zu beobachten und ihr die Betreuung von Doktoranden auf Dauer oder zumindest zeitweise zu untersagen, zum Trotz sprach die Schulleitung der ETH nun eine Kündigung aus.

Das Betreuen von Doktoranden sei eine Schlüsselaufgabe für Professoren, denen die betroffene Person unter den gegebenen Umständen



Joël Mesot

nicht mehr nachkommen könne. Im Zusammenhang mit der Kündigung räumte ETH-Präsident Joël Mesot Fehler bei seiner Institution ein und versprach, die Qualität von Führung und Betreuung künftig zu verbessern. Beispielsweise soll neben der Exzellenz in Forschung und Lehre auch der Führungsstil als Auswahlkriterium dienen. Regelmäßige verpflichtende Feedback-Gespräche sollen dazu beitragen, Probleme bei der Betreuung frühzeitig zu erkennen. Um die Abhängigkeit der Doktoranden von einzelnen Personen zu reduzieren, müssen künftig mindestens zwei Betreuungspersonen verantwortlich sein. Außerdem will man konkreten Beschwerden in Zukunft effizienter nachgehen.

Auch der Deutsche Hochschulverband hat sich kürzlich zum Thema Mobbing und sexuelle Belästigung an Hochschulen geäußert. Zwar gebe es bereits zahlreiche Anlaufstellen für Betroffene. Allerdings fehle es dort manchmal an juristischer Kompetenz, um die Vorwürfe korrekt einzuordnen und zu entscheiden, ob ein Strafverfahren oder eine Mediation angebracht sind. Das könnten Clearingstellen vermeiden, in denen mindestens eine Person tätig ist, deren Befähigung zum Richteramt mit zwei Staatsexamina nachgewiesen ist.

Kerstin Sonnabend

1) Physik Journal, Dezember 2017, S. 14